



Unsere Sicherheit schützen, unser Überleben sichern: Warum die Atomwaffen der NATO aus Europa verschwinden müssen

NATO- Atomwaffen in Deutschland

Einführung: Atombombenabwurf auf Befehl.....	1
Kernwaffen in Deutschland.....	2
Büchel.....	3
Ramstein.....	3
Der politische Kontext.....	4
“Wir sind alleine”.....	6
“Will the Real Germany Please Stand Up?”.....	7
Der physische Kontext.....	8
Atomwaffen in der Nachbarschaft.....	9
Schlussfolgerungen.....	9
Sprechen Sie uns an.....	10

Einführung: Atombombenabwurf auf Befehl

Die Nuklearpolitik der NATO verlangt von deutschen Soldaten, Befehlen des amerikanischen Präsidenten zum Transport und Abwurf von Atombomben in Kriegszeiten auf Anweisung Folge zu leisten. Das ist die ungeschminkte Wahrheit hinter den fadenscheinigen rechtlichen und technischen Argumenten, mit denen – auch deutsche – Amtsträger der NATO die nukleare Teilhabe verteidigen. Das deutsche Militärrecht, das auf den Lehren aus der Vergangenheit fußt, verlangt von den Soldaten, sich ein eigenes moralisches Urteil zu bilden. Die NATO-Politik missachtet diese wichtige Lehre aus unserer Vergangenheit. Statt dessen liefert sie deutschen Soldaten sowohl den politischen Mechanismus und als auch die technische Ausbildung zur Mitwirkung an einem nuklearen Holocaust.

Nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO bedeutet in der Praxis, dass Deutschland die Stationierung amerikanischer Atomwaffen auf seinem Staatsgebiet zulässt und dass deutsche Piloten dazu ausgebildet werden, diese Waffen zu transportieren und einzusetzen. In den Augen ihrer Kritiker ist die nukleare Teilhabe gleichbedeutend mit der Übertragung der Kontrolle über die Waffen von einem Kernwaffenstaat (den USA) auf einen Nichtkernwaffenstaat (Deutschland), was gegen den Nichtverbreitungsvertrag verstößt.¹ Das Gegenargument zugunsten der NATO-Politik lautet, dass die Waffen unter amerikanischer Kontrolle bleiben bis zur Umsetzung eines Einsatzbeschlusses, was nur in Kriegszeiten geschehen würde, in denen – nach dieser Argumentation – der Nichtverbreitungsvertrag nicht gilt. Als logische Folgerung aus diesem Argument müssten deutsche Piloten in Kriegszeiten als Instrumente der Politik von USA und NATO funktionieren, Befehlen zum Abwurf von Atombomben gehorsam Folge leisten, anstatt nach eigenem moralischem Ermessen selbständig zu handeln.

GREENPEACE

Es überrascht daher nicht, dass die deutsche Regierung sich gegenüber der Nuklearpolitik der NATO schizophran verhält, mitunter einen Schritt nach vorn, dann wieder zwei zurück geht. Amtsträger, die die NATO-Politik kritisieren oder ihre Überprüfung fordern, sind merkwürdig still und unverbindlich, wenn es darum geht, ihren Worten Taten folgen zu lassen. Im Deutschen Bundestag wird die NATO-Politik regelmäßig erörtert oder auch in Frage gestellt, und Beschlussanträge zum Abzug der NATO-Waffen sind eingebracht, aber bislang nicht angenommen worden. (Siehe Textkasten "Aktuelle Entwicklungen in Deutschland im Zusammenhang mit den Kernwaffen der NATO".) Im Gegensatz zur zögerlichen Haltung der Regierung und Unentschlossenheit des Parlaments befürwortet die deutsche Bevölkerung mehrheitlich den Abzug der Waffen.

Aktuelle Entwicklungen in Deutschland im Zusammenhang mit den Atomwaffen der NATO

30. Januar 2006: Die Fraktion Die Linke bringt im Deutschen Bundestag einen Beschlussantrag ein, der den Abzug amerikanischer Atomwaffen aus Deutschland fordert. Die Linke übermittelt der Regierung zudem eine Liste mit 28 Fragen über die Kernwaffen in Deutschland.

31. Oktober 2005: In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin Der Spiegel weist Donald Rumsfeld darauf hin, dass die europäischen NATO-Länder für die fortgesetzte Präsenz amerikanischer Atombomben in Europa selbst verantwortlich sind.

23. Mai 2005: „Der Spiegel“ berichtet, dass die USA wegen größerer Baumaßnahmen am Luftwaffenstützpunkt Ramstein in aller Stille die dort stationierten Atombomben vorübergehend ausgelagert haben.

6. Mai 2005: Bundesverteidigungsminister Peter Struck kündigt bei seinem Besuch auf dem Luftwaffenstützpunkt Ramstein an, Deutschland werde sich mit anderen NATO-Ländern über einen Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Europa beraten.

2. Mai 2005: Aus einer im „Spiegel“ veröffentlichten Meinungsumfrage geht hervor, dass drei Viertel der deutschen Bevölkerung den Abzug der amerikanischen Atomwaffen wünschen.

13. April 2005: Die FDP-Fraktion bringt im Deutschen Bundestag einen Beschlussantrag ein, der den Abzug amerikanischer Kernwaffen aus Deutschland fordert.

- Quelle:

THE NUCLEAR INFORMATION PROJECT. – <http://www.nukestrat.com/us/afn/nato.htm>

Kernwaffen in Deutschland

Weil es in der NATO an Transparenz fehlt, gibt es keine gesicherten Erkenntnisse über die Standorte und die Zahl der Atomwaffen in Deutschland. Schätzungen zufolge waren auf deutschem Boden zumindest bis vor kurzem 150 amerikanische Atomwaffen stationiert, 20 auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel und 130 auf dem Luftwaffenstützpunkt Ramstein. Beide Stützpunkte liegen im Bundesland Rheinland-

GREENPEACE

Pfalz. Weil der Stützpunkt Ramstein gerade modernisiert wird, ist anzunehmen, dass sich in Deutschland derzeit nur die zwanzig Bomben in Büchel in ihren Magazinen befinden. Die übrigen werden jedoch sehr wahrscheinlich nach Abschluss der Bauarbeiten wieder nach Ramstein zurückkehren. Die deutsche Bundesregierung sollte die Rückkehr dieser Waffen verhindern und darüber hinaus Schritte unternehmen, um einen Abzug der noch verbleibenden Waffen in die USA zu veranlassen.

Büchel²

Büchel ist ein deutscher Luftwaffenstützpunkt im Südwesten Deutschlands, nahe der Grenze zu Luxemburg, im Bundesland Rheinland-Pfalz. Dort können bis zu 44 Atombomben gelagert werden, derzeit sollen es 20 sein. Sie alle sind für den Einsatz durch deutsche Piloten mit deutschen Flugzeugen bestimmt. Für die Instandhaltung der Waffen ist eine Spezialeinheit („Munitions Support Squad“, MUNSS) der amerikanischen Streitkräfte vor Ort.

- 20 Atomwaffen (Typ B-61) der NATO
- Sprengkraft: zwischen 0,3 und 170 Kilotonnen
- Einheit: Jagdbombergeschwader 33
- Trägerflugzeug: **deutsche Tornados PA 200**
- Amerikanische „Munitions Support Squad“: 702 MUNSS
- Magazine zur Lagerung von Atomwaffen: 11



Ramstein

Ramstein ist ein amerikanischer Luftwaffenstützpunkt in Süddeutschland. Er dient als Hauptquartier der amerikanischen Luftwaffe in Europa (USAFE). Auf seiner offiziellen Website wird der Stützpunkt als „Einrichtung der Nordatlantikpakt-Organisation“ beschrieben.³ Mit 55 Magazinen hat er Raum für bis zu 220 Atomwaffen und damit von allen NATO-Stützpunkten in Europa die größte Kapazität zur Aufnahme solcher Waffen.⁴ Man nimmt an, dass dort bis vor kurzem 130 Kernwaffen lagerten, davon 90 für den Einsatz durch amerikanische Militärangehörige und die restlichen 40 für den Einsatz durch Deutsche.

- 130 NATO- Atomwaffen (Typ B-61), vorübergehend ausgelagert
- 40 Atomwaffen zum Einsatz durch deutsche, 90 zum Einsatz durch amerikanische Militärangehörige
- Sprengkraft: zwischen 0,3 und 170 Kilotonnen
- Einheit: 86. Lufttransportgeschwader
- Trägerflugzeug: Amerikanische F-16 C/D und deutsche Tornados PA 200



- Magazine zur Lagerung von Atomwaffen: 55

Nach Angaben des „*Spiegel*“ sind alle Atomwaffen aus Sicherheitsgründen vorübergehend aus Ramstein ausgelagert worden.⁵ Auf dem Stützpunkt werden derzeit größere Bau- und Erweiterungsmaßnahmen durchgeführt, und es ist anzunehmen, dass die Waffen für die Zeit, in der Fremdunternehmer dort arbeiten, in die USA gebracht wurden, weil kein europäischer Stützpunkt genügend Lagerkapazität zur Aufnahme dieser Waffen hat. Es ist weiter anzunehmen, dass die Waffen wieder eingelagert werden, sobald die Bauarbeiten abgeschlossen sind.

Außerdem gibt es auf dem Luftwaffenstützpunkt Nörvenich in Südwestdeutschland elf Magazine, in denen bis zu 44 Atomwaffen gelagert werden können. Zwanzig B-61-Bomben, die einmal dort stationiert waren, wurden 1995 nach Ramstein gebracht. Für ihren Einsatz stehen aber in Nörvenich nach wie vor deutsche Tornado-Bomber bereit. Früher waren auch auf dem Luftwaffenstützpunkt Spangdahlem in Deutschland Atomwaffen stationiert.⁶

Das von offizieller deutscher Seite vorgebrachte Argument, die Waffen würden zu jeder Zeit unter amerikanischer Kontrolle verbleiben, entspricht nicht den Tatsachen. Auf Befehl der USA würden die Waffen in deutsche Flugzeuge geladen und von deutschen Piloten transportiert und abgeworfen werden. Ein ehemaliger deutscher Kommandant von zwei Standorten, auf denen Atomwaffen gelagert wurden, formuliert das so: “Die USA binden ihre alten Vasallen an sich. Das ist alles.” Und er fügt hinzu: “Würden die Vasallen sie nicht mehr wollen, würden die Amerikaner extrem schnell reagieren. Soviel ist sicher: Sie waren nicht von der zögerlichen Sorte. In drei Tagen wären die Bomben verschwunden.”⁷

Der politische Kontext

Auch wenn die Deutschen laut Meinungsumfragen mit großer Mehrheit den Abzug der Kernwaffen von deutschem Staatsgebiet wünschen⁸, wird das Thema offensichtlich nicht mit besonderer Priorität behandelt. Das liegt daran, dass die Waffen weder politisch noch physisch sehr sichtbar sind, nicht einmal innerhalb der politischen Gremien, die sich mit ihnen befassen könnten (und manchmal auch versuchen, dies zu tun) oder in der Nähe der Stützpunkte, in denen sie lagern. Immer wieder und immer häufiger lenken jedoch Medienberichte und parlamentarische Aktivitäten die Aufmerksamkeit auf das Thema, zum Teil dank der Beharrlichkeit zahlreicher kleiner, aber engagierter Nichtregierungsorganisationen (siehe “Sprechen Sie uns an”, S. 10). Das Zusammenspiel aus öffentlicher Meinung und zunehmendem NRO-Engagement gibt zu der Hoffnung Anlass, dass das Thema mehr Beachtung finden und die deutsche Öffentlichkeit ihre Forderungen nach Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus ihrem Land erfolgreich durchsetzen wird.

Als eine der ersten Amtshandlungen weist jeder deutsche Kanzler und jede deutsche Kanzlerin in einem streng vertraulichen Brief an den amerikanischen Präsidenten darauf hin, dass Deutschland das Recht hat, in Fragen bezüglich des Einsatzes von NATO- Atomwaffen informiert und konsultiert zu werden. Bei Beratungen innerhalb

GREENPEACE

der NATO über den Einsatz oder Nichteinsatz von Atomwaffen soll gemäß den „Richtlinien für das nukleare Konsultationsverfahren“ „besonderes Gewicht“⁹ auf die Standpunkte der Staaten gelegt werden, deren Territorien oder Streitkräfte von einem Atomwaffeneinsatz am unmittelbarsten betroffen wären, wie zum Beispiel Deutschland. Diese Konsultationen könnten jedoch „niemals die nationale Entscheidung der Nuklearmächte vorwegnehmen“ und würden sowieso nur stattfinden, wenn „Zeit und Umstände“ dies erlauben,¹⁰ was im Falle eines Krieges alles andere als wahrscheinlich ist. Letzten Endes hat nur der amerikanische Präsident die Macht, den Befehl zum Atomwaffeneinsatz zu geben.¹¹

Dass die Meinungen zur deutschen Rolle bei der Stationierung amerikanischer Atomwaffen innerhalb der deutschen politischen Elite geteilt sind, zeigen politische Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit. Am 3. Mai 2005 sagte Bundesaußenminister Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) bei der Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag in New York: „Wir schlagen zum Beispiel als ersten Schritt die vollständige Umsetzung der von den USA und Russland 1991/92 erklärten jeweiligen einseitigen Verpflichtungen zur Reduzierung ihrer substrategischen Nuklearwaffen vor. Es geht uns also darum, diese Waffen auf allen Seiten zu reduzieren und zu eliminieren.“¹² Kurz danach, am 6. Mai, erklärte Bundesverteidigungsminister Peter Struck anlässlich eines Besuchs auf dem Luftwaffenstützpunkt Ramstein, er sei der gleichen Meinung wie Außenminister Fischer, dass über das Thema Abzug der Kernwaffen in den zuständigen NATO-Gremien gesprochen werden müsse. Deutschland werde sich mit anderen NATO-Ländern über einen Abzug dieser Waffen aus Europa beraten.¹³ Bei einem Berlin-Besuch Mitte Mai wies NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Struck darauf hin, dass die deutsche Regierung sich entscheiden müsse, ob sie das Thema auf die Tagesordnung setzen wolle.

Die Äußerungen von Struck und Fischer wurden in der rot-grünen Koalition mit Beifall aufgenommen. Die Parteivorsitzende der Grünen, Claudia Roth, sprach sich für den Abzug und die Zerstörung der Atomwaffen aus, und auch der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, Gert Weisskirchen, wollte „amerikanische Kernwaffen von deutschem Boden verschwinden“ sehen.¹⁴

Verteidigungsminister Struck griff das Thema bei einer Kabinettsitzung Anfang Mai, als Bundeskanzler Gerhard Schröder sich in der Türkei aufhielt, auf. Auch die FDP ließ verlauten, dass sie den Abzug amerikanischer Atomwaffen aus Deutschland befürwortet. Laut Struck konnte die rot-grüne Koalition die Angelegenheit damit nicht stillschweigend begraben, sondern musste irgendwie mit ihr umgehen. Fischer stimmte zu und die beiden Minister beschlossen, das Thema mit dem Kanzler zu erörtern und vorzuschlagen, Deutschland solle eine gemeinsame Position mit den übrigen westeuropäischen Ländern, in denen amerikanische Waffen lagern, entwickeln. Das hätte den Weg für Gespräche über das weitere Schicksal der amerikanischen Atomwaffen innerhalb der NATO und in Washington geebnet.¹⁵

Die Chance, die Stationierung von Atomwaffen der NATO in Europa und insbesondere in Deutschland in Frage zu stellen, bot sich beim NATO-Ministertreffen des Verteidigungsplanungsausschusses und der Nuklearen Planungsgruppe am 9. Juni

GREENPEACE

2005 in Brüssel. Im Widerspruch zu früheren Äußerungen und den Hoffnungen, die bei Atomwaffengegnern in Deutschland und anderswo geweckt worden waren, entschied sich die Bundesregierung letztlich, das Thema nicht anzusprechen.¹⁶ Zum Abschluss des Treffens bestätigte die Nukleare Planungsgruppe der NATO ausdrücklich die fortgesetzte Stationierung amerikanischer Kernwaffen in Europa.¹⁷

Der Grund, warum die deutsche Führung klein beigab, war anscheinend die Furcht vor möglicher Vergeltung¹⁸. Kanzler Schröder hatte wenig Interesse, die Amerikaner zu verstimmen, weil durch eine harte Haltung gegenüber den USA in dieser Frage vor allem die deutschen Ambitionen, einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu erhalten, torpediert würden. Schröders diplomatische Berater bewerteten Fischers und Strucks Vorstoß als ausschließlich politisch motiviert und als eine mögliche Ursache für echte Probleme mit den USA.¹⁹

Nachdem die deutsche Bewerbung um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gescheitert ist, hat die heutige Führung allen Grund, an den Vorstoß von Struck und Fischer zum Abzug der amerikanischen Waffen aus Deutschland anzuknüpfen und dafür zu sorgen, dass Deutschland seinen Verpflichtungen gemäß Nichtverbreitungsvertrag nachkommt.

Die Auffassung, Deutschland würde gegebenenfalls als einziger NATO-Staat die Nuklearpolitik in Frage stellen, ist zwar höchst zweifelhaft (siehe unten), hält aber die Führung des Landes davon ab, ihren kühnen Worten mit kühnem Handeln Gehalt zu verleihen.

“Wir sind alleine”

Wenn Nichtkernwaffenstaaten der NATO, in denen Atomwaffen stationiert sind, von ihrer Zivilgesellschaft aufgefordert werden, Schritte zur Änderung dieser Politik zu unternehmen, argumentieren sie immer wieder: „Wir sind alleine.“ Jeder einzelne dieser Staaten hat auf entsprechende Initiativen seiner Bürgerinnen und Bürger mit diesem Argument geantwortet. Sie sind der Auffassung, kein anderer Staat sei bereit, die NATO-Nuklearpolitik in Frage zu stellen. In diesem Kontext werde die Möglichkeit eines deutschen Alleingangs nicht als Option betrachtet, schreibt *„Der Spiegel“*.²⁰ Dass die Stimmung in anderen NATO-Partnerländern, in denen amerikanische Kernwaffen stationiert sind, sehr gemischt ist, musste Berlin lernen, als es in der Frage vorfühlte. Der belgische Senat zum Beispiel hat sich für den Abzug der Waffen ausgesprochen, aber Brüssel, das die transatlantischen Beziehungen in keiner Weise trüben möchte, verhält sich zurückhaltend. Politiker in Italien und den Niederlanden zeigen ebenfalls wenig Interesse, das Thema anzusprechen. Und für die Türkei, die potenziell gefährliche Nachbarn wie den Iran hat, ist der nukleare Schutzschild der Amerikaner sehr viel wichtiger als für die Europäer.

In jedem dieser Länder haben jedoch Bürgerinnen und Bürger ihre Regierung und ihr Parlament aufgefordert, das Thema in der NATO zur Sprache zu bringen. Sie haben Bündnisse mit der Zivilgesellschaft in anderen Ländern, die in die nukleare Teilhabe der NATO eingebunden sind, geschmiedet und damit gezeigt, dass eine multinationale

GREENPEACE

Zusammenarbeit mit dem Ziel der Beseitigung der NATO-Kernwaffen aus Europa möglich ist. Es war übrigens Deutschland, das 1998 aus der kanadisch-deutschen Initiative, die eine Überprüfung der NATO-Nuklearpolitik forderte, ausscherte und Kanada im Stich ließ.

Das Argument "wir sind alleine" widerlegt auch der belgische Verteidigungsminister André Flahaut, der am 26. Mai 2006 im Parlament bekannt gab, Deutschland habe Belgien in der Frage der Zukunft amerikanischer Kernwaffen in Europa *nicht* kontaktiert und das Thema stehe nicht, wie von den deutschen Ministern für Äußeres und für Verteidigung vorgeschlagen, auf der Tagesordnung für die NATO-Treffen im Juni.²¹

ParlamentarierInnen-Initiative: Abzug der US-Atomwaffen in Europa

„Hiermit fordere ich die Regierungen von Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden, der Türkei und Großbritannien auf,
a.) Verhandlungen über den Abzug der US-Atomwaffen aus Europa aufzunehmen und b.) die nukleare Teilhabe zu beenden.

Quelle: ABOLITION, 28. Februar 2006. Weitere Informationen und Unterzeichner finden Sie unter:

<http://www.abolition2000europe.org/index.php?op=ViewArticle&articleId=143&blogId=1>

“Will the Real Germany Please Stand Up?”

“Will the real Germany please stand up?“, antwortete 1999 ein Vertreter des kanadischen Verteidigungsressorts auf die Frage, ob dem Aufruf Kanadas und Deutschlands zur Überprüfung der NATO-Nuklearpolitik aus dem Jahr 1998 Maßnahmen folgen würden. Vor allem hatten sich Deutschland und Kanada dafür eingesetzt, die Frage der NATO-Strategie zum Ersteinsatz von Kernwaffen vor der für den April 1999 geplanten Beschließung eines neuen Strategischen Konzepts durch die NATO zur Sprache zu bringen. Deutschland scherte aus der gemeinsamen Initiative aus, woraufhin Kanada die Angelegenheit nicht alleine weiterverfolgen wollte.

1998 machte die damals neue deutsche Regierungskoalition aus Sozialdemokraten und Grünen die NATO-Doktrin des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen zum Thema.²² In einem Beitrag im Nachrichtenmagazin „*Der Spiegel*“ vom 21. November sprach sich Joschka Fischer, neuer Außenminister und Führungsfigur der Grünen, für einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen durch die NATO aus: Auch wenn andere NATO-Mitgliedstaaten, insbesondere die drei Atomwaffenstaaten Frankreich, Großbritannien und USA, die Dinge anders sähen, sei die Debatte dennoch wichtig, vor allem in einer Zeit, in der sich die NATO auf die Verkündung eines neuen Strategischen Konzepts im kommenden Jahr vorbereite. Darüber müsse im Bündnis offen gesprochen werden, ohne den Eindruck zu vermitteln, Deutschland wolle einen Sonderweg gehen.



Nur drei Tage später distanzierte sich der damalige Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem damaligen amerikanischen Verteidigungsminister William Cohen von diesen Bemerkungen. Minister Cohen berichtete:²³

Wir erörterten die Nuklearpolitik der NATO, und ich machte deutlich, dass die Vereinigten Staaten eine Änderung dieser Politik ablehnen, da wir glauben, dass die aktuelle Doktrin der Erhaltung des Friedens und einer besseren Abschreckung dient ...

In unserer Erörterung erläuterte Minister Scharping die deutsche Position und sagte, dass Deutschland nicht die Absicht habe, diese Kernelemente der NATO-Strategie in Zweifel zu ziehen, und dass Deutschland nach wie vor bereit sei, zur nuklearen Komponente der NATO-Strategie beizutragen. Ich begrüße diese Äußerungen ...

Minister Scharping fügte hinzu, er habe in der Frage des Verzichts auf einen Ersteinsatz erklärt, dass die deutsche Regierung auf der Ebene der Vereinten Nationen die Vision einer kernwaffenfreien Welt verfolge, auf der anderen Seite „debattieren wir aber über die NATO und ihre Strategie“.

Im weiteren Verlauf der Pressekonferenz wurde angedeutet, dass Minister Scharping einen peinlich berührten Eindruck gemacht habe, und schließlich musste er sich fragen lassen, wer hier eigentlich für die deutsche Regierung spreche. Tatsächlich muss die Peinlichkeit und Verwirrung auch in der deutschen Regierung Wellen geschlagen haben. Wie es scheint, erregten diese „Wellen“ aber insgesamt weniger Besorgnis als die, die ein Infragestellen der NATO-Nuklearpolitik oder des von den USA befürworteten Ersteinsatzes von Atomwaffen schlagen könnten.

Bundesaußenminister Fischer sprach die Frage der NATO-Politik in Bezug auf den Atomwaffen-Ersteinsatz auf dem Außenministertreffen der NATO am 8. Dezember 1998 an. Bei diesem Treffen forderte der kanadische Außenminister Lloyd Axworthy die NATO auf, ihre Nuklearpolitik zu überdenken. Der Vorstoß des deutschen Ministers wurde jedoch anscheinend durch den Hinweis aus Berlin, ein Bruch mit der NATO sei nicht gewünscht, im Keim erstickt.²⁴

Heute steht Deutschland vor einer anderen Situation, sollte es sich für eine Aufgabe seiner Rolle im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO entscheiden. Die deutsche Luftwaffe hat nur ein Flugzeug, das für den Einsatz von Atomwaffen geeignet ist: den Tornado PA 200, der im Verlauf der kommenden zehn Jahre durch den Eurofighter abgelöst werden soll. Derzeit gibt es keine Pläne und keine Vorbereitungen, die darauf abzielen, den Eurofighter kernwaffentauglich zu machen. Deutschland hätte demnach ab dem Jahr 2015 kein für den Einsatz von Atomwaffen geeignetes Flugzeug. Ohne die NATO-Nuklearpolitik proaktiv anfechten zu müssen, steuert Deutschland somit heute einen Kurs, der ganz von selbst zu echter Atomwaffenfreiheit führt.



Der physische Kontext

Ab dem Jahr 2013 sollen die Tornados, die das Jagdbombergeschwader von Büchel derzeit fliegt, durch den Eurofighter abgelöst werden, ein von Deutschland, Italien, Spanien und Großbritannien gemeinsam entwickeltes Kampfflugzeug. Wie bereits erwähnt, ist der Eurofighter nicht dafür ausgerüstet, nukleare Gefechtsköpfe einzusetzen, und das Verteidigungsministerium hat wiederholt bestätigt, dass eine entsprechende Umrüstung nicht vorgesehen ist.²⁵ Deutschland müsste daher in der näheren Zukunft aktiv werden, um im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO weiter seine Rolle spielen zu können.

Amerikanische Atomwaffen wurden erstmals im März 1955 im damaligen Westdeutschland stationiert. Bei diesen frühen Waffen handelte es sich um Fliegerbomben, Artilleriegranaten, Marschflugkörper, Raketen und Minen. 1957 folgten für nukleare Sprengköpfe geeignete schwere Artilleriegeschütze, die den deutschen Streitkräften auf Wunsch des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer geliefert wurden.²⁶ Ab 1986 wurde die Zahl der Atomwaffen drastisch reduziert (siehe Teil 1), aber auch die heute deutlich reduzierte Zahl wird von hochrangigen Militärs im NATO-Hauptquartier in Brüssel und von Vertretern des deutschen Verteidigungsressorts in Berlin für unangemessen und unnötig hoch erachtet.²⁷

Mit dem vermeldeten Abtransport der Kernwaffen von Ramstein bietet sich eine Chance, einen weiteren Schritt in Richtung eines dauerhaften Abzugs aller Atomwaffen von deutschem Boden zu tun. Und diese Chance besteht darin, die Rückkehr der Waffen nach Deutschland zu verhindern. Laut Otfried Nassauer vom Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit, BITS, könnten mit einer Abzugsentscheidung, die noch vor dem Termin für den geplanten Rücktransport der Kernwaffen aus den USA getroffen wird, Kosten gespart und Transportrisiken vermieden werden. „Es hat einfach keinen Sinn, diese Waffen nach Europa zurückzubringen, wenn es keine überzeugenden militärischen Argumente für ihre langfristige Notwendigkeit in Ramstein gibt.“²⁸

Atomwaffen in der Nachbarschaft

Zwanzig amerikanische Atomwaffen sind noch auf dem deutschen Luftwaffenstützpunkt bei Büchel, einer kleinen Stadt mit 1.200 Einwohnern, stationiert. Diese zwanzig Waffen reichen aus, um die Welt in ein „nukleares Inferno“ zu verwandeln.²⁹ Die Schätzungen der verbleibenden Zahl von Atomwaffen stammen nicht etwa aus offiziellen Quellen, sondern von unabhängigen Organisationen wie dem Natural Resources Defense Council in den USA, dem Berlin Information Center for Transatlantic Security und der deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges (IPPNW). Sorgfältige Nachforschungen und Schlussfolgerungen, Gespräche mit ungenannten Informationsquellen sowie fundierte Schätzungen sind die einzigen verfügbaren Werkzeuge für Bürgerinnen und Bürger, die ihr demokratisches Recht auf Informationsgewinnung zum Thema Atomwaffen in ihrem Land wahrnehmen wollen.

GREENPEACE

Deutsche Soldaten der Luftwaffensicherungsstaffel S („S“ für „Sonderwaffen“) arbeiten zusammen mit einer Eliteeinheit („Munitions Support Squadron“) der amerikanischen Luftwaffe, um diese Waffen zu bewachen und für ihren Einsatz zu trainieren. Die Soldaten der S-Staffel erhalten jeweils 100 Schuss Munition, wenn sie Wache haben, und eine gründliche Scharfschützenausbildung. Sie sehen die Atomwaffen, für deren Bewachung sie ausgebildet werden, nie. Ihnen wurde gesagt, erzählt einer dieser Soldaten, dass in Büchel genug Waffen lagern, „um ganz Europa unbewohnbar zu machen“.³⁰

Die 1.200 Einwohner von Büchel leben wie die Einwohner aller anderen Orte, deren Lebensunterhalt von naheliegenden Militärstützpunkten abhängt, mit dem Wissen der nahen Gefahr, glauben aber nicht an die Realität dieser Gefahr. Ihr Zorn richtet sich vielmehr gegen die Demonstrantengruppen, die von auswärts kommen, um gegen die Lagerung von Atomwaffen zu demonstrieren, weil diese Gruppen das Leben vor Ort durcheinander bringen und weil der Luftwaffenstützpunkt für den Ort eine wichtige Einkommensquelle ist. Auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel arbeiten 600 Zivilangestellte, „Kinder armer Bauern“, denen heute „schöne Häuser und Autos“ gehören.³¹

Schlussfolgerungen

Paradoxerweise weigern sich gerade die Menschen, die in nächster Nähe von Atomwaffen leben und wirtschaftlich direkt von ihnen abhängen (Militär und Zivilangestellte) am entschiedensten, die mit ihnen verbundenen Gefahren zu sehen. Es ist dies ein Hindernis für Abrüstung und in diesem Fall für den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland, aber es ist nicht das Haupthindernis. Die Ressourcen, die bei einem Abzug der Waffen freigesetzt würden, könnten anderweitig zur Schaffung neuer Einkommensquellen genutzt werden. Und diese neuen Einkommensquellen müssten nicht an Instrumente gekoppelt sein, die Leben in ganz Europa zerstören können. Der berechtigte Anspruch der Anwohner, eine zuverlässige Einkommensquelle zu haben, rechtfertigt nicht das Festhalten an einer Politik, die dem Willen einer deutlichen Mehrheit der deutschen Bevölkerung widerspricht, gegen Völkerrecht verstößt und die unzählige Todesopfer und unermessliche Zerstörung als reale Möglichkeit in Kauf nimmt.

Aber wie bereits erwähnt, sind nicht die Menschen, die in nächster Nähe der Waffen und in wirtschaftlicher Abhängigkeit von ihnen leben, das Haupthindernis für deren Beseitigung. Das Haupthindernis ist die zögerliche und uneinige politische Elite, die sich lieber politischem Druck aus den USA beugt als dem Willen der eigenen Bürgerinnen und Bürger.

Sprechen Sie uns an

Greenpeace: Abolish Nuclear Weapons

www.greenpeace.org/international/campaigns/abolish-nuclear-weapons

GREENPEACE

Abolition 2000 Europe

www.abolition2000europe.org

Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA), Koordinatorin für internationale Angelegenheiten

www.gaaa.org

www.uraniumweaponceference.de

Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW)

www.atomwaffenfrei.de

Pressehütte Mutlangen

www.pressehuette.de

¹ Vgl. Kapitel "Nukleare Teilhabe ist illegal" in diesem Bericht.

² Die Karten und statistischen Daten in diesem und den folgenden Kapiteln wurden von Bart Libaut von Greenpeace erarbeitet und zusammengestellt.

³ <http://www.ramstein.af.mil/>

⁴ Kristensen (KRISTENSEN, Hans: *U.S. Nuclear Weapons in Europe: A Review of Post-Cold War Policy, Force Levels, and War Planning*. Natural Resources Defense Council, Washington DC, Februar 2005. –

<http://www.nukestrat.com/pubs/EuroBombs.pdf>) gibt die maximale Kapazität mit 220 an. Nach Nassauer (NASSAUER, Otfried: *Nuclear Weapons in Europe – A Question of Political Will: A Policy Note prepared for Greenpeace Germany*. BITS Policy Note 05.4, Juni 2005) dient eines der Magazine Ausbildungszwecken, die maximale Lagerkapazität läge demnach bei 216 Kernwaffen.

⁵ BESTE, Ralf; SZANDAR, Alexander: *Europe's Atomic Anachronism*. In: *Der Spiegel*, 21/2005, 23. Mai. –

<http://www.spiegel.de/international/spiegel/0,1518,357281,00.html>

⁶ NRDC, 1997. – <http://www.nrdc.org/nuclear/nuguide/nwiforc.asp>

⁷ MEINHARDT, Birk: *The Last American Nuclear Weapons in Germany: What is Under the Ground in Büchel?* In: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 290, 16. Dezember 2005, S. 3

⁸ Laut einer Meinungsumfrage des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* vom 2. Mai 2005 befürworten 76 Prozent der Deutschen einen Abzug der amerikanischen Waffen aus Deutschland. –

<http://abolition2000europe.org/index.php?op=ViewArticle&articleId=30&blogId=1>. In einer Forsa-Umfrage vertraten 89 Prozent der Befragten die Ansicht, die Bundesregierung solle für den Abzug der Kernwaffen von deutschem Boden sorgen, berichtet Birk Meinhardt (MEINHARDT, Birk: *The Last American Nuclear Weapons in Germany: Büchel and Life Next to the Warheads*. In: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 294, 21. Dezember 2005, S. 3).

⁹ NASSAUER, Otfried: *Nuclear Weapons in Europe – A Question of Political Will: A Policy Note prepared for Greenpeace Germany*. BITS Policy Note 05.4, Juni 2005

¹⁰ NASSAUER, Otfried: *Nuclear Weapons in Europe – A Question of Political Will: A Policy Note prepared for Greenpeace Germany*. BITS Policy Note 05.4, Juni 2005

¹¹ MEINHARDT, Birk: *The Last American Nuclear Weapons in Germany: What is Under the Ground in Büchel?* In: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 290, 16. Dezember 2005, S. 3

¹² FISCHER, Joschka, 7th NPT Review Conference, 2. Mai 2005. –

<http://www.un.org/events/npt2005/statements/npt02germany.pdf> (Zitat aus der deutschen Übersetzung, AUSWÄRTIGES AMT: *Rede von Bundesaußenminister Fischer auf der 7. Überprüfungskonferenz zum Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag*. New York, 2. Mai 2005. – <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2005/050502-DerNukleareNichtverbreitungsvertrag.html>)

¹³ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,354841,00.html>

¹⁴ BESTE, Ralf; SZANDAR, Alexander: *Europe's Atomic Anachronism*. In: *Der Spiegel*, 21/2005, 23. Mai

¹⁵ BESTE, Ralf; SZANDAR, Alexander: *Europe's Atomic Anachronism*. In: *Der Spiegel*, 21/2005, 23. Mai

¹⁶ *Rot-Grün kippt Forderung nach Abzug der US-Atomwaffen*. In: *Der Spiegel*, 4. Juni 2005. –

<http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/0,1518,358961,00.html>

¹⁷ NATO: *Final Communiqué of the Defence Planning Committee and the Nuclear Planning Group*. Brüssel, 9. Juni 2005. – <http://www.nato.int/docu/pr/2005/p05-075e.htm>

¹⁸ BESTE, Ralf; SZANDAR, Alexander: *Europe's Atomic Anachronism*. In: *Der Spiegel*, 21/2005, 23. Mai

¹⁹ BESTE, Ralf; SZANDAR, Alexander: *Europe's Atomic Anachronism*. In: *Der Spiegel*, 21/2005, 23. Mai

²⁰ BESTE, Ralf; SZANDAR, Alexander: *Europe's Atomic Anachronism*. In: *Der Spiegel*, 21/2005, 23. Mai

²¹ THE NUCLEAR INFORMATION PROJECT. – <http://www.nukestrat.com/us/afn/nato.htm>

²² THE ACRONYM INSTITUTE FOR DISARMAMENT DIPLOMACY: *US and Germany Disagree Over NATO No-First-Use*. In: *Disarmament Diplomacy*, Ausgabe Nr. 32, November 1998. –

<http://www.acronym.org.uk/dd/dd32/32usger.htm>

²³ THE ACRONYM INSTITUTE FOR DISARMAMENT DIPLOMACY: *Remarks on NATO Nuclear Policy by US & German Defence Ministers*. Press Conference by US Defence Secretary William Cohen and German Defence Minister Rudolf Scharping, Washington, 24. November 1998. In: *Disarmament Diplomacy*, Ausgabe Nr. 32, November 1998. – <http://www.acronym.org.uk/dd/dd32/32rem.htm>

²⁴ BOESE, Wade: *Germany Raises No-First-Use Issue at NATO Meeting*. In: *Arms Control Today*, November/Dezember 1998. – http://www.armscontrol.org/act/1998_11-12/grnd98.asp

²⁵ BESTE, Ralf; SZANDAR, Alexander: *Europe's Atomic Anachronism*. In: *Der Spiegel*, 21/2005, 23. Mai

²⁶ BESTE, Ralf; SZANDAR, Alexander: *Europe's Atomic Anachronism*. In: *Der Spiegel*, 21/2005, 23. Mai

²⁷ BESTE, Ralf; SZANDAR, Alexander: *Europe's Atomic Anachronism*. In: *Der Spiegel*, 21/2005, 23. Mai

²⁸ NASSAUER, Otfried: *Nuclear Weapons in Europe – A Question of Political Will: A Policy Note prepared for Greenpeace Germany*. BITS Policy Note 05.4, Juni 2005

GREENPEACE

²⁹ BESTE, Ralf; SZANDAR, Alexander: *Europe's Atomic Anachronism*. In: *Der Spiegel*, 21/2005, 23. Mai

³⁰ MEINHARDT, Birk: *The Last American Nuclear Weapons in Germany: What is Under the Ground in Büchel?* In: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 290, 16. Dezember 2005, S. 3

³¹ MEINHARDT, Birk: *The Last American Nuclear Weapons in Germany: What is Under the Ground in Büchel?* In: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 290, 16. Dezember 2005, S. 3